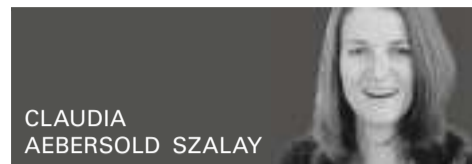


Trump will aus der Transpazifischen Partnerschaft aussteigen

Die Welt wird wieder kleiner

CLAUDIA
AEBERSOLD SZALAY

Donald Trump ist kein Freund von Freihandel, das ist schon im Wahlkampf überaus deutlich geworden. Doch wer gehofft hat, das Handeln eines Präsidenten Trump werde klar von der populistischen Rhetorik des Wahlkämpfers Trump abweichen, wird nun in Sachen Freihandel eines Besseren belehrt. Trump macht Ernst mit seinem Versprechen, die bereits ausgehandelte und unterschriebene, aber vom US-Kongress noch nicht verabschiedete Transpazifische Partnerschaft (TPP) aufzukündigen. Als eine seiner ersten Amtshandlungen will er den TPP-Partnern den Ausstieg der USA aus dem Abkommen verkünden.

Damit verliert ein Freihandelsabkommen an Glanz, das 12 Pazifikanrainer, die für 40 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und 25 Prozent der weltweiten Exporte verantwortlich sind, enger miteinander verflochten hätte; das die wirtschaftliche Dynamik einer ganzen Region, von Chile und Peru über Australien und Neuseeland bis hoch nach Vietnam und Japan, angefeuert hätte; und das ein wichtiges und dringend notwendiges Aufbruchsignal für die festgefahrenen multilateralen Projekte wie jene der Welthandelsorganisation (WTO) gewesen wäre.

Stattdessen droht dem Welthandel nun die kalte Dusche und haben andere Freihandels-

abkommen einen schweren Stand. Trumps Absage an TPP setzt auch ein Fragezeichen hinter das seit zwanzig Jahren bestehende Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta). Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), über die die USA und die Europäische Union seit mehreren Jahren verhandeln, gerät so in eine Sackgasse. Mit einem protektionistischen Amerika hat der freie Handel von Gütern, Dienstleistungen, Investitionen und Technologien ganz grundsätzlich einen schweren Stand.

Trump verkauft seine Haltung gegenüber dem Freihandel gerne als «America first»: Er will nur noch bilaterale Handelsabkommen abschliessen, die «gerecht» sind, sprich: Jobs zurück nach Amerika holen. Dabei verkennt er die wahre Stärke von freiem Handel gänzlich. Freihandel steigert den Wohlstand Amerikas, unabhängig davon, wo die Güter, die amerikanische Verbraucher konsumieren, produziert werden. Eine Abschottung der USA, um ineffiziente amerikanische Firmen und Branchen vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen und so die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten, wird die amerikanischen Bürger im Gegenteil Wohlstand kosten. Selbst in einer relativ geschlossenen Volkswirtschaft wie den USA ist rund ein Viertel der Kaufkraft eines Durchschnittsbürgers ausschliesslich auf die Vorteile des Aussenhandels zurückzuführen.

Diese Kaufkraft setzt Trump nun aufs Spiel, wenn er Handelsabkommen leichtfertig aufgibt, um jenen Teil seiner Wählerschaft zu

schützen, der angeblich durch Globalisierung und Freihandel verloren hat. Es geht um Menschen, die in ineffizienten US-Firmen beschäftigt sind und bei offenen Grenzen für Waren und Dienstleistungen ihre Jobs verlieren, weil ihre Unternehmen dem Konkurrenzdruck aus dem Ausland nicht standhalten und die Pforten schliessen. Diesen Bevölkerungsschichten ist aber weder mit gekündigten Freihandelsabkommen noch mit 45-prozentigen Zöllen auf chinesischen und mexikanischen Importen geholfen, wie sie Trump vorschweben. Freihandel schafft immer mehr Gewinner als Verlierer – auch in den USA. Die Wohlfahrtsgewinne aus dem freien Handel würden es den USA erlauben, sich um das Schicksal der Freihandelsverlierer im eigenen Land zu kümmern, ohne dafür die Grenzen dichtmachen zu müssen.

Trump's Abschottungspläne werden die Amerikaner hingegen unter dem Strich ärmer machen. Und sie werden die Welt wieder kleiner, da zersplitterter, machen. Kehrt Amerika dem Freihandel den Rücken, vergräbt das Land nicht nur Wachstumspotenzial, sondern auch die Chance, im globalen Handel die Standards zu setzen und die voranschreitende Globalisierung aktiv mitzugestalten. Ein Ausstieg aus TPP wird die amerikanische Position in Asien schwächen, wirtschaftlich wie politisch. Er wird der amerikanischen Wirtschaft genauso schaden wie den amerikanischen Konsumenten. Ist das TPP-Nein des neuen Präsidenten nur der Anfang einer protektionistischen Welle in den USA, dürfte es deshalb bald einmal heissen: «America last.»

Rückführungen von Familien nach Italien

Kleiner Erfolg für «Dublin»



KATHARINA FONTANA

Der massenhafte, teilweise unkontrollierte Zustrom von Flüchtlingen und Migranten nach Europa hat letztes Jahr so einiges im Wanken gebracht – unter anderem das Vertrauen in den Dublin-Vertrag, wonach Asylbewerber in das Land zurückgewiesen werden, in das sie zuerst eingereist sind. Die Schweiz hat einen kühlen Kopf bewahrt und davon abgesehen, es dem euphorisierten Deutschland gleichzutun und die Dublin-Regeln zeitweilig auszusetzen. Zu Recht: Zum einen ist sie damit politisch glaubwürdig geblieben, auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, zum andern liegt es im Interesse des Landes, dass Personen, die sich unberechtigterweise hier aufhalten, möglichst schnell ins Einreiseland

zurückgeschickt werden und sie das Asylverfahren dort durchlaufen. – Es ist deshalb erfreulich zu sehen, dass das bereits vielfach für tot erklärte Dublin-System für die Schweiz durchaus funktioniert, gerade auch im Zusammenspiel mit Italien. Das südliche Nachbarland, in den letzten Jahren wegen seiner beschränkten Kooperationsbereitschaft vielfach gescholten, zeigt sich heute von seiner hilfsbereiten Seite – etwa bei der Rückübernahme von Familien. Anders als man vielleicht hätte denken können, hat Italien einiges unternommen, um die Situation für Minderjährige zu verbessern und die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) geforderte kindergerechte Unterbringung von Familien zu garantieren, die im Rahmen des Dublin-Abkommens zurückgeschickt werden.

Ohne die Garantien der italienischen Behörden, für eine angemessene Unterbringung zu sorgen, dürften die Dublin-Mitgliedstaaten heute überhaupt keine Familien nach Italien ausweisen. In einem neuen Urteil macht der

EGMR nun klar, dass er Italien vertraut und keinen Anlass sieht, an dessen Zusicherungen zu zweifeln. Das kann als kleiner Erfolg für das Dublin-System betrachtet werden. Die Befürchtung, dass der südliche Nachbar mit der Zeit zu einem zweiten Griechenland werden würde und der Strassburger Menschenrechtsgerichtshof – wie im Fall des überforderten Inselstaats – Rückführungen von Asylbewerbern nach Italien generell als unzumutbar erklären würde, bestätigt sich nicht.

Noch ein Wort zur Schweiz: Dass sie dank dem Dublin-System Asylbewerber in Länder zurückschicken kann, in denen sie weniger gut behandelt werden als hier, ist weder unanständig noch unmenschlich. Notabene weisen die hiesigen Behörden die Leute nicht sozusagen blind weg, sondern schauen jeden einzelnen Fall an: Handelt es sich um eine besonders verletzte Person und liegen schwerwiegende humanitäre Gründe vor, können sie das Asylgesuch selber beurteilen – und dies wird auch regelmässig getan.

RUNDUM



Produzenten des Hasses

Von KAREN HORN

Es hagelt Häme nach der Wahl des mit viel Hass, Respektlosigkeit und Ausgrenzung um sich werfenden Donald Trump zum nächsten Präsidenten der USA. Von rechts: Kommt davon, wenn das Establishment die Sorgen der Bürger nicht ernst nimmt! Von links: Kommt davon, wenn die Mächtigen die neoliberale Globalisierung laufen lassen, ohne den Sozialstaat auszubauen!

Mit derartiger Polemik wird es sicher gelingen, die beunruhigende Ausbreitung von Hass und Irrationalität in der politischen Landschaft des Westens keinen Deut besser zu verstehen.

Die Selbstkasteiung aller, die sich redlich damit quälen, ob nicht etwas dran sei an solchen Thesen, bringt uns ebenfalls kaum weiter. Denn in diesen Überlegungen spielt nur die Nachfrageseite eine Rolle, also die Frage, was die Wähler zu Trump hingezogen hat. Die Angebotsseite bleibt aussen vor. Sie verschwindet hinter einem neuen Standard missverstandener «political correctness», der gerade weitgehend unbemerkt von den Rändern der Gesellschaft in die Mitte rückt. Ihr grösstes Tabu ist die «Wählerbeschimpfung»: Wer wird denn von Hass reden? Gar von Aufhetzung? Wo der Stimmbürger seine Präferenzen herhat, geht uns nichts an. Der Bürger ist mündig! Und wie der von Demagogen geschürte Missmut eine sozialpsychologische Dynamik begründet, fragt nur der Kollektivist. Oder?

Schon vor rund 15 Jahren hat freilich der Harvard-Ökonom Edward L. Glaeser ein Forschungsprojekt angestossen, das diese offensichtliche Engführung überwindet: die «Political Economy of Hatred». In seinem 2005 veröffentlichten Aufsatz selben Titels, der heute geradezu heilsichtig erscheint, modelliert Glaeser das brandgefährliche soziale Phänomen des Hasses als Ergebnis von Angebot und Nachfrage auf dem politischen Markt: Denn zum Tango braucht es zwei. Hass ist eine «Schöpfung des politischen Wettbewerbs», Produkt der aktiven Bewirtschaftung von Befindlichkeiten durch «politische Unternehmer». Glaeser interessiert sich für jene Konstellationen, in denen sich Politikern die Produktion von Hass als überlegene Taktik anbietet.

Viele Menschen seien für Lügen und Hetze immer dann empfänglich, erklärt er, wenn sie sich keinen Gewinn daraus versprechen, die Wahrheit zu kennen. Es ist auch umso leichter, ihnen Hass auf ganze Gruppen einzupumpfen, je weniger Interaktion sie mit deren Mitgliedern haben – weshalb etwa der Fremdenhass dort am stärksten ist, wo kaum Ausländer leben. Ein gewiefter Politiker macht sich das zunutze, wenn er zum Hass auf Gruppen aufstachelt, die in der gegnerischen Partei ihre ideologische Heimat haben. Idealerweise bindet er ein Sachthema mit ein. Trump tat dies mit der Ankündigung, die Krankenversicherungspflicht rückabzuwickeln, von der nichtweisse Amerikaner derzeit am meisten profitieren, die zudem links wählen: Rassenhass zu pflegen, lohnt sich da. Ein simples Kalkül.

Bisher sei Hass noch nie von Läuterung und Toleranz abgelöst worden, bilanziert Glaeser, sondern es habe der Eindämmung durch Gegenhass bedurft: zum Beispiel in Form des Hasses auf Antisemiten. Vor allem aber braucht es starke Institutionen, die eine Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen von Staats wegen unterbinden. Die Ära Trump wird zeigen, ob sie in den USA robust genug sind.

Karen Horn lehrt ökonomische Ideengeschichte an der HU Berlin, der Universität Siegen und der Universität Erfurt. Sie ist Mitherausgeberin und Chefredaktorin der «Perspektiven der Wirtschaftspolitik». In ihrer Kolumne unterbreitet sie Anregungen aus dem Fundus des klassischen ökonomischen Denkens.

Sicherheit der Juden in der Schweiz

Unwürdiges Schwarzpeterspiel



LUZI BERNET

Das Schema ist leider bestens bekannt: In der Problemanalyse sind sich alle einig, aber wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, machen sich alle aus dem Staub. Leidtragende sind im vorliegenden Fall die Schweizer Juden. Seit Jahren weisen sie auf die prekäre Sicherheitslage der jüdischen Einrichtungen in der Schweiz hin. Nach den Attentaten islamistischer Kreise in Paris, Toulouse, Brüssel und Kopenhagen hat sich die Situation jüngst akzentuiert. Auch in Zürich ist es zu Übergriffen gegen Juden gekommen, die zwar vergleichsweise glimpflich ausgegangen sind, aber aufzeigen, dass man auch hierzulande das Gewaltpotenzial antisemitischer Täter nicht unterschätzen sollte. Mit Recht

pochen Vertreter jüdischer Organisationen denn auch darauf, dass die Behörden Synagogen und Schulen besonders gut schützen.

Doch einmal mehr werden sie enttäuscht. Zwar hat der Bundesrat kürzlich mit einem Bericht zur Thematik reagiert und darin auch festgehalten, dass der Schutz von jüdischen Einrichtungen eine «Angelegenheit von nationaler Tragweite» sei. Gleichzeitig weist er die unmittelbare Verantwortung unter Verweis auf die Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen von sich. Und was die Finanzierung der Sicherheitsmassnahmen angeht, rät er den Juden, eine Stiftung einzurichten und «eine namhafte Summe als Vermögen für die Finanzierung von Sicherheitsmassnahmen ihren Mitgliedergemeinden (zu) widmen, welche als Destinatäre der Stiftung zu betrachten wären». Im Klartext: Die Schweizer Juden sollen die zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen selber finanzieren.

Das ist starker Tobak. Zum einen, weil man in diesem Bericht zwischen den Zeilen

Dinge liest, die man lieber nicht lesen würde. Die Passagen zur Finanzierung haben ein sehr strenges «Gschmäckle», und man fragt sich, wie es um die Sensibilität der involvierten Beamten steht. Zum anderen schützen sich die jüdischen Gemeinden seit Jahren mit eigenem Sicherheitspersonal und tragen damit schon lange zu ihrem eigenen Schutz bei. Und schliesslich gibt es eine Schutzpflicht des Staates, die sich selbstverständlich auch auf die Angehörigen religiöser Minderheiten erstreckt. Selbst der Bericht des Bundes hält dies fest.

Damit sei nicht in Abrede gestellt, dass es womöglich neuer Rechtsgrundlagen bedarf, um die Finanzierung zusätzlicher Sicherheitsmassnahmen für die Schweizer Juden zu regeln. Aber das sind lösbare Probleme. Einfach die Hände in den Schoß zu legen und zu insinuieren, die Schweizer Juden seien ja vermögend genug, um für ihre Sicherheit aufzukommen, ist verwerflich und der Schweiz nicht würdig.

ARCHIV-TROUVAILLEN

Lutherlok

bsa. · Eingangs des Städtchens Swakopmund in Namibia steht das Lokomobil namens «Martin Luther». Via Denkmalschutz immobilisiert steht es auf einem Sockel, wo gemäss der Erklärung des Reformators vor dem Wormser Reichstag steht: «Hier stehe ich. Ich kann nicht anders.» Einst hat sie sich bewegt: 1896 holt Oberstleutnant Troost die Strassenlokomotive nach Südwestafrika, sie soll die zu Tausenden sterbenden Zugochsen retten. Doch alle paar Meter versandet der Dampfchse, der mitmigrierte Lokführer desertiert erbost. Die Eisenbahn verbannt Troosts Lokomobil schliesslich aufs Abstellgleis – ein Traum, dem rasch der Dampf ausging.